

**Mitglied Gruppe CDU/WBV**

Ausschussmitglied Martin Ehlers  
Ausschussmitglied Helmut Möhle

**Mitglied SPD-Fraktion**

Ausschussvorsitzender Uwe Reese

**Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial**

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

**Mitglied Gruppe FDP/FW**

Ausschussmitglied Andreas Lang

**Behindertenvertretung**

beratendes Mitglied Sabine Gastmann

**Seniorenvertretung**

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

**Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV**

beratendes Mitglied Hilke Schwarting-Boer

**Dezernent**

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

**Fachbereichsleiter**

Fachbereichsleitung 50 Michael Koch  
Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen  
Fachbereichsleitung 37 Josef Schun

**Protokollführerin**

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

## Es fehlte entschuldigt

Ausschussmitglied Georg Berner-Waindok  
beratendes Mitglied Doris Tjarks  
Ausschussmitglied Astrid Zaage

## A Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 25.02.2021
- 4 Vorstellung des neuen beratenden Mitglieds im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration, Frau Hilke Schwarting-Boer
- 5 Antrag der AfD-Fraktion auf Prüfung der Möglichkeiten für einen Tierfriedhof in **522/2021** Wilhelmshaven
- 6 Behandlung der Anträge auf Zuschüsse aus dem Sozialfonds der Stadt Wilhelmshaven
- 6.1 Antrag der "Futterbox - Die Tafel für Haustiere e. V." auf einen institutionellen Zuschuss
- 7 Informationen zum Sozialpakt III und zur Verlängerung der Akuthilfen für pflegende Angehörige
- 8 Aktuelle Situation im Impfzentrum
- 9 Mitteilungen und Anfragen
- 9.1 Neubenennung des Kommunalen Integrationsbeauftragten der Stadt Wilhelmshaven
- 9.2 Ermittlung/Entwicklung des Inzidenzwertes

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 25.02.2021

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Integration vom 25.02.2021, Nr. 1/2021, wurde einstimmig genehmigt.

**Beschluss:**

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorstellung des neuen beratenden Mitglieds im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Integration, Frau Hilke Schwarting-Boer

Herr Reese begrüßte Frau Hilke Schwarting-Boer als neues beratendes Mitglied der Freien Wohlfahrtsverbände im Ausschuss und überreichte ein kleines Präsent. Er wies auf die damit verbundenen Rechte und Pflichten hin.

Frau Schwarting-Boer dankte dem Ausschuss und der Verwaltung und stellte sich kurz vor. Seit dem Jahre 2007 ist sie beim Diakonischen Werk beschäftigt und dort seit Februar dieses Jahres in der Geschäftsführung tätig.

5 Antrag der AfD-Fraktion auf Prüfung der Möglichkeiten für einen Tierfriedhof in Wilhelmshaven **522/2021**

Herr Reese stellte den Antrag 522/2021 der AfD-Fraktion kurz vor.

Herr Ehlers verwies auf den Grundsatzbeschluss der CDU Deutschland, der eine Zusammenarbeit jeglicher Art mit der AfD verbiete. Er werde dem Antrag daher nicht zustimmen. Zudem arbeiten die Technischen Betriebe Wilhelmshaven (TBW) bereits an der Umsetzung der Errichtung eines Tierfriedhofes, sodass der Antrag überflüssig sei.

Herr Walpurgis bemängelte, dass kein Mitglied der AfD-Fraktion anwesend sei, um den Antrag persönlich vorzustellen und zu begründen.

Der Antrag wurde mit zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen abgelehnt.

**Beschluss:**

-mehrheitlich abgelehnt-

Die Verwaltung soll die Möglichkeiten für einen Tierfriedhof in Wilhelmshaven überprüfen.

- Verfügung einer Grundstücksfläche für privaten Investor
- Prüfung auf städtische Trägerschaft

Gerade in Zeiten der Pandemie verbringen viele Menschen sehr viel Zeit mit ihren geliebten Haustieren, wie Katzen, Hunden, Meerschweinchen, Hamstern oder Vögeln (z.B. Wellensittiche) und häufig sind es auch ihre letzten Weggefährten nach vielen Jahren der Gemeinsamkeit.

Vor diesem Hintergrund muss den Wilhelmshavener Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, ihre geliebten Tiere in Würde zu bestatten.

## 6 Behandlung der Anträge auf Zuschüsse aus dem Sozialfonds der Stadt Wilhelmshaven

### 6.1 Antrag der "Futterbox - Die Tafel für Haustiere e. V." auf einen institutionellen Zuschuss

Die FUTTERBOX – die Tafel für Haustiere e.V. hat einen Antrag auf Zuschuss aus dem Sozialfonds i.H.v. 5000,00 € gestellt. Trotz des Zuschusses ergibt sich anhand der Antragsunterlagen noch eine erhebliche Finanzierungslücke.

Herr Reese teilte dem Ausschuss sowie der Verwaltung mit, dass ihm ein Schreiben der FUTTERBOX vorliege. Aufgrund zweier großzügiger Futterspenden konnte dieser Fehlbetrag nun gedeckt werden, sodass sich die Kostenentwicklung sehr positiv darstelle.

Herr Schönfelder lobte das Engagement der Futterbox. Dennoch müssten alle Zuschussrichtlinien seitens der Verwaltung geprüft werden, woraus sich die Finanzierungsfrage ergeben habe. Aufgrund der neuen Sachlage sind alle Prüfkriterien erfüllt und der Antrag ist seitens der Verwaltung somit genehmigungsfähig.

Herr Möhle begrüßte die Bestrebungen des Vereins, durch eigene Bemühungen die hohen Kosten zu decken. Der Verein leiste gute und wichtige Arbeit und er unterstütze daher den Antrag.

Diesen Ausführungen schloss sich Herr Walpurgis an. Auch er finde das ehrenamtliche Engagement zum Wohle der Tiere und zur Unterstützung der Tierhalter\*innen beeindruckend und lobenswert.

Herr Reese bedauerte, dass leider keine weiteren Zuschussanträge für den Sozialfonds vorlägen.

Herr Möhle sah den Grund hierfür in den pandemiebedingten Einschränkungen in der Vereinstätigkeit. So könnten zurzeit keine Vorstandssitzungen stattfinden, um neue Projekte zu planen.

Herr Hinrichs bestätigte dies und nannte hier die Vereinstätigkeiten der Sportvereine und Bürgervereine.

Frau Gastmann sagte auch, dass sich die Vereinsarbeit nach dem Stillstand erst wieder aufbauen müsse. Auch sie hoffe dann wieder auf vermehrte Antragstellungen und bat um Übertragung der nicht verwendeten Mittel in das Folgejahr.

Dazu sagte Herr Schönfelder, dass die nicht verbrauchten Mittel einmalig in das Folgejahr übertragen werden könnten.

Er halte es für nachvollziehbar, dass aufgrund der verringerten Vereinsaktivitäten momentan keine Anträge gestellt werden. Wenn diese wieder anlaufen, können durch den Übertrag in das Folgejahr auch im nächsten Jahr Zuschüsse über den eigentlichen Jahresansatz hinaus bewilligt werden.

Abschließend bat Herr Reese um Zustimmung zum Antrag der FUTTERBOX – die Tafel für Haustiere e.v.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages. –

## 7 Informationen zum Sozialpakt III und zur Verlängerung der Akuthilfen für pflegende Angehörige

Herr Koch stellte anhand einer Power-Point-Präsentationen (*s. Anlage*) die Maßnahmen des Sozialschutzpaket III vor, welches zum 01.04.2021 in Kraft getreten ist.

Durch dieses Gesetz werden die Regelungen des erleichterten Zugangs zu den Mindestsicherungssystemen bis zum 31.12.2021 verlängert. Dadurch wird sichergestellt, dass auch künftig alle, die unter den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie leiden, möglichst einfach und schnell die nötige Unterstützung erhalten.

Die Verlängerung des Sozialdienstleistereinsatzgesetzes (SodEG) bis zum 31.12.2021 diene insbesondere dem Schutz der Anbieter von Eingliederungshilfeleistungen. Sie erhalten 75 % der Leistungsvergütung für Maßnahmen, die pandemiebedingt nicht erbracht werden können.

Zudem werden die Akuthilfen für pflegende Angehörige bis zum 30.06.2021 verlängert. Einige Leistungen der Pflegekassen werden darüber hinaus weiterhin bis zum 30.09. bez. 31.12.2021 gewährt.

## 8 Aktuelle Situation im Impfzentrum

Einleitend berichtete Herr Reese, dass die Ausschussmitglieder vor der Sitzung die Gelegenheit hatten, das Impfzentrum zu besichtigen. Er berichtete von einer freundlichen und entspannten Atmosphäre mit kompetenten Mitarbeiter\*innen. Sein Dank für diesen Einblick ging hierfür an den Leiter des Impfzentrums, Herrn Schun.

Diesen Dank gab Herr Schun an den Ausschuss zurück, da das gezeigte Interesse eines politischen Gremiums eine Wertschätzung der Mitarbeiter\*innen darstelle und zu deren Motivation beitrage.

Er berichtete, dass die Mitarbeiter\*innen neben der Impftätigkeit einen immer größeren Verwaltungsaufwand zu erledigen hätten.

Dazu gehören z.B. die Nacherfassungen und die Abrechnungen mit dem Land Niedersachsen. Diese Verwaltungsaufgaben werden oftmals an Wochenenden in freiwilliger Zusatzarbeitszeit abgearbeitet.

Erfreut stellte er fest, dass sich Wilhelmshaven nicht an der vielerorts herrschenden Wettbewerbsmentalität über den Impffortschritt beteilige. Er betonte, dass alle gelieferten und somit zur Verfügung stehenden Impfstoffe verimpft werden. Die Leistungsfähigkeit eines Impfzentrums könne daher nicht an der Impfquote ablesbar sein.

Zu dem Einsatz der mobilen Impfteams sagte er, dass diese anfangs die nicht mobilen Menschen in den Pflegeheimen geimpft habe. Ein mobiles Team bindet Personal, sodass dann parallel im Impfzentrum nur noch ca. 100 statt 300-400 Impfungen erfolgen können. Zudem sei das Einzugsgebiet überschaubar und jeder könne das Impfzentrum gut erreichen. Ein Einsatz des mobilen Teams sei daher nur noch für die GPS vorgesehen.

Momentan werden die Personen der Prioritätenstufe II geimpft. Aus der Prioritätenstufe III kommen jetzt die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren, Personen über 60 Jahre und Lehrkräfte von weiterführenden Schulen dazu. Dies sind alleine bei den Lehrkräften ca. 3700 Berechtigte, die zu den bereits auf der Warteliste stehenden 6500 hinzukämen.

Die Standardwartezeit auf einen Impftermin beträgt momentan ca. 4 Wochen. Neu ist hier die Impfbörse des Landes, in der frei werdende Termine kurzfristig gebucht werden können. Wenn es im Einzelfall zu extrem langen Wartezeiten kommt, liegt vermutlich ein Fehler im Terminmanagement des Landes vor. Hier ist das Impfzentrum bzw. die Hotline des Gesundheitsamtes gerne behilflich.

Herr Ehlers fragte bezüglich der baldigen Öffnung der Priorisierungsgruppe III für bestimmte Berufsgruppen, ob die Bescheinigung des Arbeitgebers als Nachweis der Impfberechtigung einer bestimmten Form unterliege. Herr Schun antwortete, dass eine formlose Bestätigung ausreichend sei. Die strafrechtliche Verantwortung für eine mögliche „Impferschleichung“ liege bei der zu impfenden Person.

Frau Gastmann sagte, dass der Besuch des Impfzentrums sie sehr beeindruckt habe. Im Vergleich zu anderen Impfzentren herrsche dort eine angenehme Atmosphäre.

Auch begrüßte sie die Entscheidung, mit dem mobilen Team in die Wohneinrichtungen der GPS zu kommen, da dies sowohl für die Bewohner und Bewohnerinnen wie auch für die Mitarbeiter\*innen eine große Erleichterung darstelle. Insgesamt mindern die Impfungen die momentan angespannte Situation und sie hoffe daher auch auf eine baldige Impfberechtigung für alle Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

Herr Lang berichtete von Priorisierungsdiskussionen aus seinem Praxisalltag. Bei einem Inzidenzwert von unter 100 wie in Wilhelmshaven empfinde er dies als unnötig und eher nachteilig. Er begrüße daher die von der Bundesregierung im Juni geplante Aufhebung der Priorisierungsgruppen.

Herr Walpurgis bedankte sich ebenfalls für den Besuch im Impfzentrum. Auch er habe einen positiven Eindruck erhalten.

Er stellte die Frage, wann die Mitarbeiter\*innen der Stadtverwaltung mit Publikumsverkehr bzw. im Außendienst geimpft werden können. Herr Dr. Rübsamen sagte dazu, dass auch hier die klaren Vorgaben der Priorisierungen einzuhalten seien. Die Berufsgruppen werden vom Land benannt und aufgerufen. So gebe es Beschäftigte im Gesundheitsamt und im Jugendhilfebereich, die impfberechtigt seien. Intern müsse nur abgeklärt werden, ob dazu dann auch Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit reiner Schreibtischtätigkeit gehörten. Die Möglichkeit zur Prüfung der Impfberechtigung aller Mitarbeiter\*innen mit Publikumsverkehr sehe er erst, wenn die komplette Priorisierungsgruppe III freigegeben werde.

## 9 Mitteilungen und Anfragen

### 9.1 Neubenennung des Kommunalen Integrationsbeauftragten der Stadt Wilhelmshaven

Herr Reese informierte, dass zum 01.02.2021 der Erste Stadtrat Herr Schönfelder anstelle des Oberbürgermeisters Herrn Feist zum Kommunalen Integrationsbeauftragten der Stadt Wilhelmshaven benannt wurde.

Herr Schönfelder führte dazu aus, dass sich Herr Feist als Integrationsbeauftragter in der Vergangenheit überwiegend mit dem Flüchtlingsgeschehen befassen musste. Mit der Verabschiedung des Handlungskonzeptes Integration habe sich das Aufgabenfeld erweitert, sodass es sinnvoll erschien, den zuständigen Fachdezernenten mit der Funktion des Integrationsbeauftragten zu betreuen.

Zu den Aufgaben gehöre u.a. die Initiativfunktion. Diese umfasst z.B. die Einbringung von Impulsen und Anregungen sowie die Schaffung von Kooperationen. Eine weitere wichtige Funktion sei die Steuerungsfunktion nach innen und außen. Dazu zähle das Integrationsmanagement mit der Abstimmung aller beteiligten Fachbereiche sowie die interkulturelle Öffnung der Verwaltung. Zurzeit beträgt der Anteil an Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung 4%, was nicht dem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspreche. Bei der Gewinnung von Personal solle diese Quote künftig mehr Berücksichtigung finden. Als weitere wichtige Aufgabe nannte er die Öffentlichkeitsarbeit. Hierbei könne der Ausschuss aktiv unterstützend mitwirken, indem z.B. durch den Sozialfonds Projekte gefördert werden.

## 9.2 Ermittlung/Entwicklung des Inzidenzwertes

Herr Reese bat Herr Dr. Rübsamen um Einschätzung, wie sich in Wilhelmshaven der Inzidenzwert entwickeln werde und ob auch hier zu befürchten sei, dass dieser über den Wert von 100 steige.

Dazu antwortete Herr Dr. Rübsamen, dass dies nicht auszuschließen sei, eine Vorhersage jedoch nicht getroffen werden könne.

Erfahrungsgemäß seien die Werte an den Tagen Dienstag bis Freitag aufgrund der vorliegenden PCR-Befunde am höchsten. Gemäß der Falldefinitionen und der Übermittlungsvorgaben des RKI werden die Fälle jedoch bereits bei Auftreten als Verdachtsfall, z.B. bei positivem Antigen-Test oder typischen Symptomen, gemeldet und werden dann bei Vorlage des positiven PCR-Test auch ab diesem Datum bei der Berechnung des Inzidenzwertes berücksichtigt. Hierbei handle es sich ausdrücklich nicht um einen Meldeverzug.

Momentan häufen sich die Fälle in Familien mit zum Teil vielen Kindern, bei denen diese die Infektion in ihre Kindergruppen/Kindergärten weitertragen. Von dort wandert die Infektion dann in weitere Familien, in denen sich meist alle Familienmitglieder anstecken. Dies sei erst seit der Verbreitung der Variante B.1.1.7 zu beobachten.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung 16:20 Uhr**

---

Schönfelder  
Dezernent

---

Reese  
Vorsitzender

---

Kallendrusch  
Protokollführerin